P r o t o k o l l

der 17. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Wohnungswesen
der Bezirksverordnetenversammlung Steglitz-Zehlendorf von Berlin
am 11.08.2004

Beginn: 16:30 Uhr Ende: 17.40 Uhr

Anwesende: siehe Anwesenheitsliste

TOP 1 Bürgerfrage-Viertelstunde

Anfragen gemäß § 18 GO BVV liegen nicht vor.

TOP 2 Anträge

TOP 2.1 Unterstützung der Arbeitsgemeinschaft Schloßstraße
Drucksache: 1120 / II Grüne-Fraktion

Der Antrag wird erneut zurückgestellt.

TOP 2.2 So wirbt der Südwesten
Drucksache 1233 / II SPD-Fraktion

In der Aussprache werden die rechtlichen Möglichkeiten einer Verwendung von Hoheitszeichen des Landes Berlin und von Bezirkswappen erörtert.
Die FDP-Fraktion regt dabei an, die Vermarktung von Andenken über Lizenzvergaben privatwirtschaftlich vorzunehmen. Im Hinblick auf den wohl eher geringen Umsatz sprechen sich CDU- und SPD-Fraktion dafür aus, dem federführenden Haushaltsausschuss aus wirtschaftlicher Sicht die Annahme des Antrags zu empfehlen. In der Abstimmung wird dem mit 9 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen entsprochen.

TOP 2.3 Tourismuswerbung in den Partnerstädten des Bezirks
Drucksache 1234 / II SPD-Fraktion

Der Antrag wird bis zum Vorliegen des Votums des mitberatenden Ausschusses für Personal und Verwaltung zurückgestellt.

TOP 2.4 Einkaufsführer für die bezirklichen Einzelhandelszentren
Drucksache 1235 / II SPD-Fraktion

In der Aussprache wird die Arbeitsteilung zwischen den Arbeits- und Interessengemeinschaften erörtert und davon Kenntnis genommen, dass derzeit vier „Einkaufsführer“ (Albrechtstraße und Nebenstraßen, Botanischer Garten, Mexikoplatz und Ladenstraße Onkel-Toms-Hütte) erschienen sind, deren koordinierende Arbeiten vom „Servicebüro zur Unterstützung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ übernommen wurden. Im Hinblick hierauf schlägt die FDP-Fraktion vor, den Antrag wie folgt zu fassen:

> „Das Bezirksamt wird ersucht, die Arbeitsgemeinschaften der Geschäftsleute für die Einzelhandelszentren im Bezirk bei der Entwicklung von Einkaufsführern zu unterstützen.“

Der so geänderte Antrag wird einstimmig angenommen.

TOP 3 Bericht aus dem Bezirksamt

BzStR Laschinsky berichtet

a) aus dem Bereich Wohnen über

- die Absicht des Senats, zum 01.09.2004 eine Verordnung über die Verlängerung des Kündigungsschutzes bei Umwandlung von Mietwohnungen in Eigentum für ausgewählte Bezirke zu erlassen, mit der die gesetzliche Schutzfrist von drei auf sieben Jahre ausgedehnt wird. Steglitz-Zehlendorf ist davon nicht betroffen, weil die angewendeten Indikatoren
  (ausreichende Versorgung: Schwellenwert 97 %; Bezirk 2002 = 101,1 und 2010 = 108,4;)

  angemessene Mietbedingungen: Schwellenwert =

  a) Bruttokaltmiete 2002 über 5,99/Monat; Bezirk: 6,34
  b) Mietbelastungsquote 2002 über 22,3 %; Bezirk: 21,5 %)

  nicht in allen Punkten zutreffen;

- die Wohngeldstatistik nach der im Bezirk rd. 10.700 Haushalte (= 6,8 %) Wohngeld erhalten, und zwar rd. 6.150 Allgemeines Wohngeld und 4.550 einen Besonderen Mietzuschuss zu Sozialleistungen, mit einer Auszahlungssumme in 2003 von rd. 15 Mio. Euro.
- das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 11.12.2003, nach dem die Anrechnung von Teilbeträgen aus der Hilfe in besonderen Lebenslagen für Heimbewohner als Zurechnungsbeträge beim Einkommen unzulässig ist; als Folge hiervon müssen rd. 3.300 bestandskräftige Wohngeldverfahren überprüft und Beträge ggf. nachgezahlt werden.

- den beabsichtigten Verkauf von drei Wohnsiedlungen (Hüttenweg-Siedlung = rd. 1100 WE; Thieleck-Siedlung = rd. 100 WE und Ortlerweg = rd. 225 WE) durch die Oberfinanzdirektion Berlin.

c) aus dem Bereich Wirtschaft über

- das vom Bezirksamt im Stadtplanungsausschuss vorgestellte Zentrenkonzept Steglitz-Zehlendorf zum Lebensmitteleinzelhandel und zur Ansiedlung großflächigen Einzelhandels und die Bitte, ggf. auf die vorhandenen Fraktionsexemplare zurückzugreifen.
- das vom Senat vorgesehene Zweite Gesetz zur Rechtsvereinfachung und Entbürokratisierung, durch das
  - Berliner Straßengesetz
  - die Bauordnung für Berlin
  - das Denkmalschutzgesetz in Berlin
  - die Verordnung zur Ausführung der Gaststättenverordnung

geändert und überflüssige Regelungen gestrichen werden, womit die Erweiterung verbunden ist, dass sich die Verwaltungsvereinfachungen insbes. auf Wirtschaftsunternehmen und Gewerbetreibende positiv auswirken werden.
Der besseren Übersicht und Handhabbarkeit soll die GastVO gänzlich neu gefasst werden.

- Der dabei vorgesehene generelle barrierefreie Zugang und die entsprechende Nutzung der Gasträume stößt bei Kleinstbetriebe unter 50 qm auf objektive Schwierigkeiten. Bei Inkrafttreten dieser Vorschrift muss eine Flut von mit dem Landesbeirat für Behinderte abzustimmenden Ausnahmegenehmigungen gerechnet werden, was begrüßenswerte Tendenzen zur Verwaltungsvereinfachung wieder ins Gegenteil verkehrt. Der Verzicht auf Toilettenanlagen - auch bei Alkoholausschank - stößt ebenfalls auf Bedenken, weil dies die Etablierung von Trinkerszenen mit sich belästigt fühlenden Bürgern und eine unsaubere Umgebung fördern könnte.

- Die Installation eines touristischen Wegeleitsystems auch außerhalb der Zentren West und Ost bis Ende 2005. Für den Bezirk sind Hinweise auf 35 touristisch relevante Einrichtungen vorgesehen.

- Einen Workshop mit Tourismusakteuren des Bezirks, die sich darauf verständigt haben, touristische Aktivitäten unter das Leitmotto „Berlin-Südwest - barfuß oder mit Lackschuh“ zu stellen, wodurch die Vielfalt und die Unterschiedlichkeit der Angebote für jedermann zum Ausdruck kommen soll;

- Die Gewerbeanzeigen im I. Quartal 2004; danach stehen rd. 2.600 Anmeldungen rd. 1.600 Abmeldungen gegenüber. Bewegungen hat es vornehmlich in den Bereichen Handel und persönliche Dienstleistungen gegeben.

- Die Siegprämie von 1.500 €, die der Bezirksbürgermeister bei einem Wettbewerb auf dem Deutsch-Amerikanischen Volksfest erringen konnte, und von der ein Anteil von 500 € für die Jugendverkehrsschulen verwendet werden.

- Gründung einer Wirtschaftsinitiative Südwest als e.V., dessen Vorsitzender Herr Kornau ist. Der Wirtschaftsdezernent hat die ideelle Schirmherrschaft übernommen, ohne selbst Mitglied zu werden.

TOP 4 Verschiedenes

Die von PV Ronnisch angesprochene Beeinträchtigung des Wohnens in der Siedlung Lloyd-G.-Wells-Straße durch Einrüstung der Häuser und nicht erkennbaren Sanierungsmaßnahmen soll im Bauausschuss thematisiert werden.

Vorsitzender: BV Müller
Schriftführer: BV Kühnast